



Folgen eines Freihandelsabkommens (TTIP) USA / EU  
für unser Land und seine Bürger  
Wittenberger Erklärung vom 04.07.2015

Die Delegierten des Vereins Deutsche Sprache haben auf ihrer Jahresversammlung am 4. Juli 2015 in Wittenberg die folgende Erklärung beschlossen:

Das beabsichtigte Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA erhöht die Verletzlichkeit der westlichen Demokratien durch von ihm ausgehende ökonomische Zwänge. Dies ist demokratiefeindlich, weil es Rechte und Erwartungen der Bürger Deutschlands und der EU gefährdet:

1. *Das Recht auf Kommunikation in der Landessprache:* Der Anspruch des Englischen auf ein Kommunikationsmonopol in allen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens, z. B. der Gerichtsbarkeit, würde unter einem TTIP enorm wachsen, ebenso der Druck, unter dem dort schon alle „weniger rentablen“ Landessprachen der EU und insbesondere auch das Deutsche stehen.
2. *Weitere Schutzrechte:* Der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse würde über die Verdrängung der Landessprachen hinaus voraussichtlich auch Schutzrechte und Gewährleistungen für Bürger, Arbeitnehmer und Konsumenten beeinträchtigen, insbesondere im Bereich des sprachlichen Verbraucherschutzes und der staatlich geförderten Kultur.
3. *Staatliche Handlungsfähigkeit:* Im Vorfeld nationaler Gesetzgebungsvorhaben würde die Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen durch die unter einem Abkommen vorgesehene politische Abstimmung USA/EU eingeschränkt.
4. *Vertrauen in die Demokratie:* Unsere demokratisch legitimierte Gerichtsbarkeit liefe durch das unter TTIP vorgesehene Recht von Investoren, unseren Staat vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen, ins Leere, mit gefährlichen Folgen für das weitere Ansehen der Demokratie.

Die Delegierten des VDS erwarten deshalb, dass Bundesregierung, Parlamente und die politischen Parteien die verfassungsgemäßen Rechte der Bürger wahren und insbesondere einer Abwertung der deutschen Sprache als „nichttarifäres Handelshindernis“ entgegenreten.